

Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 21. Juni 2022

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 14. bis 16. Juni 2022

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 14. bis 16. Juni 2022 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 14. Juni 2022

Nr. 20/339 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Überwachung des ruhenden Verkehrs: Wie werden Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit in Bremen gesichert?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 16. September 2021

(Drucksache 20/503 S)

2. Verwirklichung des Rechts auf kulturelle Teilhabe in Bremen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 12. April 2022

(Drucksache [20/694 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/340 s

Fragestunde

1. Renovierung der Eisenbahnbrücke über der Hermann-Fortmann-Straße
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Anja Schiemann, Falk Wagner, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 4. Mai 2022
 2. Das Lernhaus Kattenturm: Wie ist der aktuelle Stand der Planungen?
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Mai 2022
 3. Gedenktafel zum neonazistischen Brandanschlag auf Schwachhauser Geflüchtetenunterkunft
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 10. Mai 2022
 4. Sozialleistungen für ukrainische Kriegsflüchtlinge
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BiW) vom 11. Mai 2022
 5. Unterbringung, Versorgung und amtliche Betreuung von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BiW) vom 11. Mai 2022
 6. Wie geht der Senat mit dem Bearbeitungsstau bei den Kita-Zuwendungen um?
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 12. Mai 2022
 7. Corona-Schutzmaßnahmen an Schulen von der Bildungsbehörde nicht mehr gewollt?
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 13. Mai 2022
 8. Zweiter Bibliotheksbus für die Stadtbibliothek Bremen
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 24. Mai 2022
 9. Schwimmkurse für Kinder im Grundschulalter
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 30. Mai 2022
- Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
10. Ukraine-Flagge an Fahrzeugen der BSAG
Anfrage der Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch, Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 31. Mai 2022

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/341 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Sandra Ahrens, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**"Kitanotlage in Bremen – Senat kann Rechtsanspruch auf
Kinderbetreuung nicht sicherstellen".**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/342 S

Kulturflächenentwicklungsprogramm auflegen: Kulturangebote quartiersnah etablieren, Ansiedlungsbedingungen von Kulturnutzungen verbessern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 24. Mai 2022

(Drucksache [20/704 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. ein Kulturflächenentwicklungsprogramm aufzulegen, in dem die aktuellen und perspektivischen Bedarfe unter dem Gesichtspunkt der stadtweiten Quartiersnähe ermittelt, die unterschiedlichen kulturellen Nutzungen (sowohl auf Freiflächen als auch innerhalb geschlossener Räume) berücksichtigt und im Rahmen der bundesrechtlichen Möglichkeiten Instrumente zur Festsetzung kultureller Nutzungen bereitgestellt werden;
2. das Instrument der Konzeptvergabe von Flächen und Immobilien zu stärken und auszubauen, um auf diesem Weg gezielter städtebauliche

Erfordernisse, auch solche aus Sicht der Kultur, bei der Vergabe von Flächen zu berücksichtigen;

3. bei der Definition der Zielvorgaben der für die Flächenvergabe zuständigen Unternehmen (zum Beispiel Wirtschaftsförderung Bremen oder Immobilien Bremen) auch die Vergabe von Flächen an kulturelle Nutzungen als mögliches Ziel festzuhalten;
4. bei der Bauleitplanung weiterhin Entwicklungsflächen für kulturelle Nutzungen zu identifizieren und rechtliche Möglichkeiten zu ihrer planungsrechtlichen Festsetzung zu prüfen;
5. insbesondere im Zuge des anstehenden Wandels in der Innenstadt frühzeitig neben Flächen für Wissenschaft und Wohnen auch an geeigneten Stellen Orte für laute kulturelle Nutzungen wie Live-Spielstätten, Musikclubs und Gastronomie vorzusehen und so auf eine attraktive wie miteinander verträgliche Mischung in der Innenstadt hinzuwirken;
6. die Einrichtung eines Förderprogramms zu prüfen, mit dem – ähnlich wie beim öffentlich geförderten Wohnraum – kulturelle Nutzungen im Neubau gefördert werden und dessen Inanspruchnahme bei der Vergabe städtischer Flächen und bei der Festsetzung neuen Baurechts verbindlich gemacht wird;
7. sich im Lande Bremen weiterhin für bessere Ansiedlungsbedingungen für Live-Spielstätten und Musikclubs sowie für soziokulturelle Zentren in allen Gebietskategorien einzusetzen;
8. sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass kulturelle Nutzungen besser und verbindlicher in der Bauleitplanung verankert werden können und insbesondere darauf hinzuwirken, dass die Berücksichtigung von Clubs als kulturelle Nutzungen schnellstmöglich im Baurecht verankert wird;
9. der Stadtbürgerschaft sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Kultur unter Beteiligung der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/343 S

Inklusion in der Kindertagesbetreuung sicherstellen: Schwerpunktgruppen absichern!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 1. Juni 2022

(Drucksache [20/707 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. rechtzeitig vor Beginn des Kindergartenjahres (KGJ) 2022/2023 einen Vorschlag zum bedarfsgerechten Einsatz der zusätzlichen Personalressourcen für sogenannte Schwerpunktgruppen ab dem KGJ 2022/2023 vorzulegen;
2. bis Ende 2022 unter Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII „Kindertagesbetreuung“ Eckpunkte für einen Stufenplan zur Weiterentwicklung der Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf in den Kitaalltag ab dem KGJ 2023/2024 zu entwickeln; dieser soll Vorschläge für die künftige Struktur und Ausrichtung von Schwerpunkteinrichtungen beziehungsweise -gruppen sowie ein realistisches Personalentwicklungsszenario enthalten;
3. unter Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII aufbauend auf den bewährten Angeboten einen bedarfsgerechten Qualifizierungsplan Inklusion in der Kindertagesbetreuung zu entwickeln, um die im Stufenplan verankerten Personalaufwüchse, das heißt zum Beispiel einen gesteigerten Bedarf an Fachkräften für Inklusion, durch Aus- und Fortbildung rechtzeitig zu gewährleisten;
4. drei Monate nach Beschlussfassung in der städtischen Deputation für Kinder und Bildung sowie im Jugendhilfeausschuss über die Maßnahmen zum KGJ 2022/2023 und zu Beginn des Jahres 2023 über die fachlichen Vorschläge zur Weiterentwicklung der Struktur zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/344 S

Inklusion innerhalb der Kindertagesbetreuung kann nur zielgerichtet und mit entsprechender Ressourcensteuerung gelingen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 14. Juni 2022

(Drucksache [20/711 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/345 S

Eigene Ziele verbindlich festschreiben – Mobilitätsgesetz für Bremen erarbeiten

Antrag der Fraktion der CDU

vom 9. Juni 2022

(Drucksache [20/709 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/346 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 27

vom 9. Mai 2022

(Neufassung der Drs. [20/700 S](#) vom 6. Mai 2022)

(Drucksache [20/701 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/347 S

Bericht des städtischen Petitionsausschuss Nr. 28

vom 10. Juni 2022

(Drucksache [20/710 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/348 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Verfahrensstand des Projekts „Campus Nord“ auf dem ehemaligen BWK-Gelände

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 21. Dezember 2021

(Drucksache [20/645 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022

(Drucksache [20/658 S](#))

2. Festlegung der Grundsteuerreform für Immobilien- und Grundstückseigentümer als Chance für klimaneutrale Politik nutzen

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (BiW)

vom 16. Februar 2022

(Drucksache [20/668 S](#))

3. Stand und Zukunft der Ausbildung bei der Bremer Feuerwehr

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 25. Januar 2022

(Drucksache [20/656 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 8. März 2022
(Drucksache [20/676 S](#))

4. Personalausweise für Obdach- und Wohnungslose gebührenfrei ermöglichen!

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. Februar 2022
(Drucksache [20/670 S](#))

5. Vertretungspersonal an Bremer Schulen weiterhin flexibel aber unter effektiver Finanzkontrolle einsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. März 2022
(Drucksache [20/675 S](#))

6. Ersatz für umgestürzte Bäume in Parks und öffentlichen Grünflächen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. März 2022
(Drucksache [20/678 S](#))

7. Kitaplätze in Gefahr: Werden die Träger frühkindlicher Bildungseinrichtungen in Bremen ungleich behandelt und verliert Bremen als Standort damit an Attraktivität?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 21. März 2022
(Drucksache [20/682 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/698 S](#))

8. Bebauung Grundstücke in Beneckendorfallée
Petition S 19/361

Mitteilung des Senats vom 29. März 2022
(Drucksache [20/686 S](#))

9. Das Hörmal – Koloniale Spuren in Bremen durch digitale Hörstücke einordnen, sichtbar machen und informieren

Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. April 2022
(Drucksache [20/696 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 15. und 16. Juni 2022

Nr. 20/740

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wie bringen wir Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit in der bremischen Energieversorgung zusammen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. März 2022
(Drucksache [20/1422](#))
2. Bremen steht in fester Verbundenheit an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer: Holodomor von 1932/33 als Völkermord anerkennen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 10. Mai 2022
(Drucksache [20/1463](#))
3. Immobilienmanagement des Senats
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. April 2022
(Drucksache [20/1429](#))
4. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. April 2021
(Drucksache [20/938](#))
5. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!
Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau
vom 24. Mai 2022
(Drucksache [20/1478](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/741

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 13. Juni 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Das Angebot von Kurzzeitpflege im Land Bremen aktiv fördern!
Antrag der Fraktion der CDU

vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1430](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Zweites Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Stärkung der Beteiligung der Bürgerschaft (Landtag) bei dem Erlass von Verordnungen zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 auf Grundlage von § 32 des Infektionsschutzgesetzes (Coronaverordnung-Beteiligungsgesetz)
Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 2. Juni 2022
(Drucksache [20/1486](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3. Parität in Bremer Parlamenten
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 10. Juni 2022
(Drucksache [20/1493](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, die Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer farblichen Markierung des Geschlechterverhältnisses auf den einzelnen Wahllisten dem Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen nach Artikel 140 Absatz 1 der Landesverfassung zur Prüfung vorzulegen.

Der Staatsgerichtshof möge prüfen, ob folgende Änderungen des Bremischen Wahlgesetzes und der Bremischen Landeswahlordnung zulässig sind:

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes

Der Senat verkündet das nachfolgende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

§ 25 des Bremischen Wahlgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1990 (Brem.GBl. 1990, S. 321), zuletzt §§ 42, 47 und 55 geändert, sowie §§ 38, 39 und 53 neu gefasst durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. September 20218 (Brem.GBl. S. 411) wird wie folgt geändert:

1. Nach Satz 3 wird folgender Satz 4 eingefügt:

„Über jeden Wahlvorschlag ist ein Querbalken anzubringen, der in farblicher Markierung den auf die jeweiligen Geschlechter entfallenden Anteil für den Wahlvorschlag anzeigt.“

2. Der bisherige Satz 4 wird Satz 5.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Der Senat wird aufgefordert, die Bremische Landeswahlordnung dahingehend zu ändern, dass für jeden Wahlvorschlag ein über der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten gedruckter Balken vorgeschrieben ist, der in farblicher Markierung die auf die jeweiligen Geschlechter entfallende Anteile an dem Wahlvorschlag vorsieht.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Zweite Verordnung zum Basisschutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Zweite Corona-Basisschutzmaßnahmenverordnung)
Mitteilung des Senats vom 24. Mai 2022
(Drucksache [20/1479](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen –
Zweite Verordnung zum Basisschutz vor Neuinfektionen mit dem
Coronavirus SARS-CoV
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 10. Juni 2022
(Drucksache [20/1494](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Verfassungs-
und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/742

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Martin Michalik, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU:

**„Schlecht fürs Klima, schlecht für Bremen – Senat verfehlt
Klimaschutzziele erneut“;**

2. auf Antrag der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP:

**„Keine Zustimmung zum Sondervermögen der Bundeswehr –
Ist dem rot-grün-roten Senat die deutsche Verteidigungsfähigkeit
egal?“;**

3. auf Antrag der Abgeordneten Mustafa Güngör und Fraktion der SPD, Klaus-Rainer Rupp, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE sowie Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

**„Eine Frage der Gerechtigkeit: Übergewinnsteuer einführen –
Verbraucher:innen entlasten“.**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/743

Gesetz zur Änderung von Vorschriften über den Landesmindestlohn

Mitteilung des Senats vom 4. Mai 2022

(Drucksache [20/1448](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/744

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit zum Gesetz zur Änderung von Vorschriften über den Landesmindestlohn

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit
vom 1. Juni 2022

(Drucksache [20/1484](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/745

Ein zukunftsfähiger Hafenstandort braucht eine kluge Verkehrslösung – Hafenrandstraße jetzt realisieren

Antrag der Fraktion der FDP
vom 16. Mai 2022

(Drucksache [20/1473](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/746

Gesetz zur Anpassung spielhallenrechtlicher und glücksspielrechtlicher Vorschriften an den Glücksspielstaatsvertrag 2021

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2022

(Drucksache [20/1465](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/747

Gesetz zur Änderung von hafenrechtlichen Vorschriften (Änderung des Bremischen Hafenebetriebsgesetzes und des Bremischen Schiffsabfall-Entsorgungsgesetzes)

Mitteilung des Senats vom 26. April 2022

(Drucksache [20/1432](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/748

Gesetz zur Änderung von hafenrechtlichen Vorschriften (Änderung des Bremischen Hafenebetriebsgesetzes und des Bremischen Schiffsabfall-Entsorgungsgesetzes)

Bericht und Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

vom 13. Juni 2022

(Drucksache [20/1496](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/749

Zur aktuellen Beschäftigungssituation und Lage der Beschäftigten im Land Bremen

Große Anfrage SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 21. Dezember 2021

(Drucksache [20/1286](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2022

(Drucksache [20/1347](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/750

Fragestunde

1. Regelungen und Konzepte zu rauchfreien Stadien
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. Mai 2022
2. Großwärmepumpen in der Fernwärmeversorgung Bremerhavens und Bremens
Anfrage der Abgeordneten Jörg Zager, Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. Mai 2022
3. Sicherheitskontrollen im Hafengebiet
Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Jörg Zager, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 5. Mai 2022
4. Hilfe für zu Hause beatmete Patienten bei großflächigen, länger anhaltenden Stromausfällen

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 5. Mai 2022

5. Digitalisierung der bremischen Häfen

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 5. Mai 2022

6. Durchführung des Kita-Brückenjahrs im Land Bremen und Stand der Planungen für 2023

Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Mai 2022

7. Krankenversicherung von Inhaftierten

Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 10. Mai 2022

8. Finanzinvestor:innen im Gesundheitswesen

Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 10. Mai 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Wegen Fahrens ohne Fahrschein im Knast

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Mai 2022

10. Diskriminierung bei Einlasskontrollen in Clubs und Diskotheken

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Mai 2022

11. Zunahme von Suizidversuchen von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Mai 2022

12. Studierende Drittstaatenangehörige aus der Ukraine

Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Janina Strelow, Kevin Lenkeit, Elombo Bolayela, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 17. Mai 2022

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

13. Landeszuweisungsrichtlinie für Unterrichtsvertretung an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen zeitgemäß und gerecht?

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 19. Mai 2022

Diese Anfrage wurde von den Fragestellern zurückgezogen.

14. Leerstand bei bundeseigenen Wohnimmobilien im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Falk-Constantin Wagner, Mustafa Güngör und die Fraktion der SPD vom 20. Mai 2022

15. Umsetzungsstand der Extremwetter-Ausstellung im Klimahaus

Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 20. Mai 2022

16. Stand der Umsetzung Wissenschaftliche Studie Gender Pay Gap an Bremischen Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Anfrage der Abgeordneten Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 8. Juni 2022

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/751

Klimaschutzrelevantes Handwerk durch Qualifizierung stärken

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 22. März 2022

(Drucksache [20/1417](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 31. Mai 2022

(Drucksache [20/1482](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/752

Paradigmenwechsel für ein selbstbestimmtes und sozial eingebundenes Leben: Pflege im Quartier

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen

vom 23. Mai 2022

(Drucksache [20/1476](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf der Bundesebene für folgende Ziele einzusetzen:
 - a) Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung – zunächst auch durch eine Begrenzung der Eigenanteile;
 - b) Einführung der Möglichkeit eines bundesweit geltenden quartiersbezogenen Pflegebudgets. Dabei ist sicherzustellen, dass die Kommunen entsprechend der Anzahl und Einstufung ihre pflegebedürftigen Bürger:innen Mittel aus der Pflegeversicherung erhalten – unabhängig davon, ob diese Mittel stationär oder ambulant verwendet werden;
 - c) Stärkung der Refinanzierung und finanziellen Absicherung der Tages- und Nachtpflege als Angebot vor Ort. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Tagesstrukturierung insbesondere von demenziell erkrankten Menschen und zur Entlastung der pflegenden Angehörigen;
 - d) vollumfängliche Übernahme der medizinischen Behandlungspflege in den stationären Einrichtungen durch die Krankenkassen;
 - e) Entwicklung von Strategien zur Aufhebung der Sektorentrennung zwischen ambulanten und stationären Hilfen und die verstärkte sozialrechtliche Ermöglichung übergreifender Angebote und Versorgungsketten, die die Friktionen an der Schnittstelle der unterschiedlichen Regelsysteme überwinden – in Analogie zum Bundesteilhabegesetz für die Menschen mit Behinderungen;
 - f) Ausweitung der sozialgesetzlichen Verpflichtung der Länder zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Pflegeversorgung vor Ort;
 - g) Fortsetzung des Einsatzes für die tarifliche Bezahlung in der Pflege und für die Verbesserung der Ausbildungsrahmenbedingungen und zur Förderung der Attraktivität des Pflegeberufes;
2. ein Konzept „Pflege im Quartier“ für die Kommune Bremen vorzulegen, das folgende Aspekte beinhaltet:
 - a) Förderung der lokalen Selbsthilfe und entsprechender Projekte zur Unterstützung Pflegebedürftiger, pflegender Angehöriger und Nachbar:innen im Quartier. Dazu gehört neben lokalen Teilhabe- und Selbsthilfeangeboten auch ein Angebot von Kursen für pflegende Angehörige und Zugehörige im Stadtteil mit

gleichzeitigen Pflegeentlastungsangeboten. Dabei ist die Abstimmung mit bestehenden Strukturen zu berücksichtigen;

- b) Einrichtung eines Fonds für Mikroprojekte im Quartier, der den Akteur:innen erlaubt, unbürokratisch Mittel für lokale Projekte zur Verbesserung der Angebotslandschaft zu erhalten;
- c) Umsetzungsschritte für die Einrichtung flächendeckender präventiver Hausbesuche, mindestens jedoch in den Modellquartieren. Diese sollen als Angebot für Senior:innen in allen Quartieren oberhalb einer festzulegenden Altersgrenze dienen, um auf freiwilliger Basis Pflege- und Unterstützungsbedarfe festzustellen, bei Bedarf an die zuständigen Stellen weiterleiten und zu gesundheitlichen Fragen zu beraten. Die besonderen Belange von zugewanderten Menschen sind dabei zu berücksichtigen;
- d) darzulegen, inwieweit eine Konzentration der Angebote der ambulanten Pflegedienste auf regional abgrenzbare Einzugsgebiete möglich ist. In diesem Zusammenhang ist mit den Kassen zu prüfen, ob innerhalb des Modellprogramms Pflege im Quartier ambulante Dienste neue Abrechnungsmöglichkeiten ihrer Leistungen sowohl für ältere pflegebedürftige Menschen entsprechend der Neuausrichtung im Quartier erhalten könnten;
- e) Prüfung eines Ausbaus der nötigen Unterstützung in hauswirtschaftlichen Fragen sowie in der Alltagsbegleitung durch die 17 Dienstleistungszentren in Bremen – dabei ist die Ausstattung zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern;
- f) Umsetzungsschritte für eine weitere Ausweitung des Angebots der Pflegestützpunkte, um eine Beratung vor Ort, mindestens in Modellquartieren, sicherzustellen, zum Beispiel in Form von Sprechstunden;
- g) Erarbeitung von Voraussetzungen dafür, dass im Kontext der Pflegestützpunkte ein:e für die Pflegebedürftigen zuständige:r persönliche:r Pflegeberater:in einbezogen werden kann, welche:r einen individuellen Versorgungsplan, wie er gesetzlich im SGB IX (Sozialgesetzbuch) vorgesehen ist, erstellt, diesen in der Durchführung überwacht und auf Wunsch der Pflegebedürftigen auch Beratung in deren häuslichem Umfeld durchführt;
- h) Möglichkeiten der Koordination der „örtlichen Pflege- und Teilhabelandschaft“ durch eine:n „Quartierskoordinator:in Pflege“, der/die in kommunaler Verantwortung steht. Dabei sind die Pflegekassen, wie es gesetzlich im SGB XI vorgesehen ist, in die Konzeption und Finanzierung einzubeziehen mit dem Ziel, eine regionale Pflegeplanung unter Einbezug aller relevanten Akteur:innen des Sozialraums und entsprechend der Wünsche der Pflegebedürftigen zu entwickeln;
- i) Gesprächsaufnahme mit Trägern von Einrichtungen von Tagespflegeangeboten unter der Zielsetzung, diese wohnungsnah

- anzubieten (beziehungsweise bei größeren Wohnanlagen ihre Ansiedelung „unter einem Dach“);
- j) darzulegen, wie eine verbindliche und systematische Organisation sozialer Kontakte und soziokultureller Angebote durch die im Quartier tätigen Akteur:innen ermöglicht werden kann;
 - k) Gespräche mit den Kranken- und Pflegekassen über deren Ko-Finanzierung für ein Modellprogramm Pflege im Quartier zum Beispiel über die Modellklausel einzuleiten beziehungsweise darzustellen, wie andere Ko-Finanzierungen über vorhandene Haushaltsmittel hinaus sichergestellt werden können;
3. sich mit dem Magistrat auszutauschen, inwieweit eine Konzeptentwicklung auch in der Stadtgemeinde Bremerhaven angestoßen werden kann;
 4. der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration beginnend sechs Monaten nach Beschlussfassung halbjährlich zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/753

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes sowie weiterer Gesetze

Mitteilung des Senats vom 17. Mai 2022

(Drucksache [20/1474](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/754

Gesetz zur Harmonisierung und Fortentwicklung der Bestimmungen über Beiräte im Strafvollzug

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juni 2022

(Drucksache [20/1492](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/755

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 29

vom 10. Juni 2022

(Drucksache [20/1495](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/756

Die notwendigen Ermittlungsgrundlagen im Kampf gegen organisierte Kriminalität auch in Bremen schaffen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 2. Juni 2022

(Drucksache [20/1487](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/757

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes

Antrag der Fraktion der CDU

vom 1. Februar 2022

(Drucksache [20/1324](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 28 Absatz 1 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/758

Medienkompetenzförderung in Bremen und Bremerhaven

Gesamtstrategie und Bestandsaufnahme

Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022

(Drucksache [20/1331](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/759

Chancengerechtigkeit durch Zukunftsscouts an weiterführenden Schulen erhöhen

Antrag der Fraktion der FDP

vom 10. Februar 2022

(Drucksache [20/1342](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/760

Ist die Förderung besonders begabter Kinder im Land Bremen in allen Stadtteilen ausreichend? Formen und Wirksamkeit der Begabungsförderung auf dem Prüfstand

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 24. Januar 2022

(Drucksache [20/1317](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. März 2022

(Drucksache [20/1387](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/761

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention – Frauen und Kinder vor Gewalt schützen
Mitteilung des Senats vom 1. März 2022
(Drucksache [20/1375](#))
2. Sexualisierte Gewalt: Gesellschaftspolitische statt kircheninterner Aufarbeitung
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD vom 8. März 2022
(Drucksache [20/1382](#))
3. Zusammenwirken von Schulen des Landes Bremen und der Bundeswehr im Bereich der politischen Bildung auf Grundlage eines Kooperationsvertrages institutionalisieren
Antrag der Fraktion der CDU vom 11. März 2022
(Drucksache [20/1392](#))
4. Diversitätssensible Jugendhilfe im Land Bremen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD vom 15. März 2022
(Drucksache [20/1394](#))
5. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft

Bericht und Antrag des staatlichen Petitionsausschusses
vom 14. März 2022
(Drucksache [20/1393](#))

6. Welche Absichten verfolgt der Bremer Senat in Bezug auf die
Schutzhunde bei der Bremer Polizei?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. Februar 2022
(Drucksache [20/1340](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 22. März 2022
(Drucksache [20/1412](#))
7. Landesprogramm Lebendige Quartiere – Umsetzung und
Fortschreibung
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und
DIE LINKE
vom 11. Februar 2022
(Drucksache [20/1344](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1435](#))
8. Bewertung und kritische Aufarbeitung der Maßnahmen in
geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und
der SPD
vom 18. Februar 2022
(Drucksache [20/1355](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1436](#))
9. Plattdütsch in Bremen: Langt dat, wat de Senat for de Regionalspraak
deit?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 21. Februar 2022
(Drucksache [20/1359](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 5. April 2022
(Drucksache [20/1426](#))
10. Situation in den Frauenhäusern: Belegung, Finanzierung und Austausch
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
DIE LINKE
vom 3. März 2022
(Drucksache [20/1379](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2022
(Drucksache [20/1466](#))

11. Wie können Bremen und Bremerhaven am „New Space“-Boom teilhaben?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. März 2022
(Drucksache [20/1381](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1452](#))
12. Bremische Landwirtschaft zukunftsfähig machen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. März 2022
(Drucksache [20/1419](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1453](#))
13. Renditebegrenzung in der Pflege einführen – Private-Equity-Gesellschaften stärker regulieren
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. April 2022
(Drucksache [20/1431](#))
14. Wärmewende forcieren und energetische Gebäudesanierungen im Land Bremen vorantreiben: Ein effektives Maßnahmenpaket jetzt auf den Weg bringen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1446](#))
15. Schutz der deutschen Sprache: Verwendung der Gendersprache in Behörden und Einrichtungen der Freien Hansestadt Bremen untersagen
Antrag des Abgeordneten Jürgewitz (AfD)
vom 3. Mai 2022
(Drucksache [20/1447](#))
16. Studierende während des Praxissemesters beim öffentlichen Dienst in Bremen finanziell entlasten, eine Praktikumsvergütung jetzt einführen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Mai 2022
(Drucksache [20/1470](#))
17. Mehr Steuergerechtigkeit: Pflicht zur Anzeige nationaler Steuergestaltungen einführen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 13. Mai 2022
(Drucksache [20/1472](#))
18. Gib mir Energie! Energiesouveränität für Bremen sichern – günstig, grundlastsicher und technologieoffen mit Kernkraft!
Antrag des Abgeordneten Jürgewitz (AfD)

vom 2. Juni 2022
(Drucksache [20/1485](#))

19. Missbrauch und sexualisierte Gewalt in den christlichen Kirchen ächten
– Generalverdacht vermeiden
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Juni 2022
(Drucksache [20/1501](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.